

## St. Gallen pocht auf schriftliche Matur

Noch ist unklar, in welcher Form die Mittelschulprüfungen stattfinden. Die Ostschweizer Kantone zeigen aber schon klare Tendenzen.

Miguel Lo Bartolo und  
Katharina Brenner

Mittelschülerinnen und Mittelschüler aus der ganzen Schweiz fordern von der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) schon seit Wochen eine klare Stellungnahme bezüglich einer möglichen Durchführung der Maturaprüfungen. Erst kürzlich vertröstete die EDK einen Entscheid auf Anfang Mai. Diese Verzögerung löste bei den Mittelschülern Unsicherheit und Ärger aus, zumal die ersten Prüfungen gemäss der ursprünglichen Planung schon Mitte Mai hätten stattfinden sollen. Am Dienstag hat die EDK ihre Haltung in Form eines offenen Briefes an den Bundesrat gerichtet. In der Plenarversammlung sei beschlossen worden, dass die Entscheidung über eine Durchführung der schriftlichen Prüfungen den Kantonen überlassen werden soll. Eine Antwort des Bundesrates erwarte man derweil in den kommenden Tagen, sagt der St. Galler Regierungsrat und Erziehungsdirektor Stefan Kölliker.

Laut Kölliker drängt man zwischenzeitlich innerhalb des Kantons St. Gallen darauf, die schriftlichen Prüfungen auf jeden Fall durchzuführen, dafür aber auf die mündlichen zu verzichten. «Dieses Anliegen wurde in Absprache mit diversen Rektoren und Schulleitungen klar formuliert», sagt Kölliker.

### Prüfungen in den jeweiligen Räumlichkeiten

Hauptsächlich im Juni und «zum Teil vor der Wiedereröffnung der Mittelschulen», so Tina Cassidy, Leiterin des kantonalen Amtes für Mittelschulen, sollen die schriftlichen Abschlussprüfungen aller Voraussicht nach in den jeweiligen Schulräumlichkeiten stattfinden. Natürlich würden im Falle einer Durchführung nach wie vor die Hygiene- und Abstandsvorgaben des Bundesamtes für Gesundheit eingehalten werden. Aus organisatorischer Sicht gebe es bis dahin allerdings noch einiges zu klären. Heute scheint es zumindest noch unwahrscheinlich, dass schon Anfang Juni ein Prüfungssaal mit Hunderten Schülern gefüllt wird.

Die genauen Regelungen will die EDK in einem ausführlichen Communiqué publizieren. Auch dieses soll der Öffentlichkeit möglichst bald vorgelegt werden. Die Entscheidung des Bundesrates müsste dann bereits gefällt sein. Dieser tagt allerdings nicht vor dem nächsten Mittwoch. Ob sich der Bun-



Das Amt für Mittelschulen des Kantons St. Gallen will, dass die schriftlichen Abschlussprüfungen planmässig durchgeführt werden.

Bild: Rolf Vennenberg/DPA

desrat indes für eine einheitliche Regelung entscheidet oder die Kantone jeweils autonom vorgehen dürfen, ist nicht zuletzt auch für die Mittelschüler von Bedeutung. Entscheidet man sich zu Gunsten der Kantönliche-Lösung, dürften Unmut und Proteste nicht ausgeschlossen werden.

Es zeichnet sich schon jetzt ab, dass die Kantone ganz unterschiedlich mit dem von der EDK geforderten Spielraum umgehen. So will etwa der Kanton Thurgau sowohl die mündlichen als auch die schriftlichen Abschlussprüfungen der Mittelschulen wie geplant ab dem 8. Juni durchführen. In einer Mitteilung der Thurgauer Staatskanzlei von gestern wird dieser Entscheid damit begründet, dass es in Hinblick auf das künftige Studium an universitären Hochschulen und Fachhochschulen richtig sei, die Mittelschule mit den entsprechenden Abschlussprüfungen abzuschliessen. Anders als der Thurgau und der Kanton St. Gallen geben sich

### «Wir haben die Idee der Online-Klausuren schnell verworfen.»



Tina Cassidy  
Leiterin Amt für Mittelschulen

die beiden Appenzell zurückhaltend. «Wir wollen den Entscheid des Bundesrates abwarten», sagt Silvio Breitenmoser, Leiter des Innerrhodener Amtes für Mittel- und Hochschulen. Wer jetzt bereits kommuniziert, müsse seinen Entscheid allenfalls zurückziehen. In Ausserrhodon verweist die Kantonskanzlei auf Marc Kummer, den Rektor der Kantonsschule Trogen. Der sagt: «Die Entscheide sind noch nicht gefallen.»

### Online-Prüfungen sind keine Option

Anfang dieser Woche kursierte in diversen Medien die Meldung, der Kanton Zürich würde auf die Maturaprüfungen gänzlich verzichten. Der St. Galler Bildungsdirektor Stefan Kölliker kann sich nicht erklären, wie diese Information an die Medien durchgesickert ist. Er betont aber, dass alle diesbezüglichen Anliegen und Haltungen der einzelnen Kantone als vorbehaltlich der

Entscheidungen des Bundesrates zu verstehen sind. Die Idee, Online-Prüfungen zu gestalten, wurde vom St. Galler Amt für Mittelschulen gänzlich verworfen. «Es wäre eine neue Prüfungssituation, bei der kein rekursicheres Tool eingesetzt werden könnte», sagt Tina Cassidy.

Den Mittelschülern scheint aber nicht die Art und Weise der anstehenden Prüfungen Kopfschmerzen zu bereiten. Vielmehr ist ihnen die Handhabung mit dem Schulstoff, der während des Fernunterrichts unterrichtet wird, ein Rätsel. Diese variiert nämlich von Mittelschule zu Mittelschule und von Lehrperson zu Lehrperson. Ist beispielsweise der Schulstoff aus dem Fernunterricht im Fach Französisch prüfungsrelevant, gilt dies nicht automatisch auch für das Fach Mathematik. Auch in dieser Angelegenheit fordern Schülerinnen und Schüler in diversen Petitionen eine klare Ansage (siehe Zweittext).

## Schüler wehren sich

**Petition** «Mit so einem Erfolg hatten wir nicht gerechnet», sagt Dario Ackermann. Am Dienstagabend hat der 18-jährige Schüler einer Abschlussklasse an der Kanti Sargans eine Petition gestartet. Mit im Boot: Schüler aller Kantonsschulen des Kantons. Sie sprechen von einer Bewegung: #keineap2020. Sie fordern: «Abschlussprüfungen streichen – St. Gallen zieht mit!» Das Sammelziel von 1000 Unterstützern erreichten sie innert Kürze. Bis gestern Mittag hatten 1255 Personen unterzeichnet.

Erste Kantone wie beispielsweise Bern hätten bereits bekanntgegeben, ihre gymnasialen Abschlussprüfungen zu streichen. Die St. Galler Regierung hingegen halte am Plan fest, dass die Schülerinnen und Schüler ihre Aufnah-

me- und Abschlussprüfungen durchführen müssen. «Ernsthaft?», heisst es auf der Homepage.

### Klarheit und eine einheitliche Lösung

«Die Gesundheit geht vor», sagt Ackermann, der die Hygieneregeln bei den Prüfungen kaum für umsetzbar hält – und damit offenbar nicht allein ist. «Das Distance Learning ist viel schwieriger für uns als der normale Schulunterricht.» Es falle schwer, sich zu konzentrieren. Die Schülerinnen und Schüler hätten sich erst daran gewöhnen müssen. Ein weiteres Argument: der Kantönliche. Die eidgenössische Matura betreffe alle in der Schweiz, es sollten gleiche Spielregeln gelten. Über 500 Mittelschüler aus dem Kanton

St. Gallen nahmen an einer Umfrage teil, die Ackermann und seine Mitstreiter durchgeführt haben. Auffallend dabei ist, dass die Forderung nach einer einheitlichen Lösung und nach Klarheit besonders häufig auftaucht. Auf den Vorwurf von Kritikern, die Schüler seien nur zu faul, um zu lernen, entgegnet Ackermann, das stimme nicht. Die Situation für die Schülerinnen und Schüler sei schwierig.

Die Organisatoren möchten die Petition schnellstmöglich beim Bildungsdepartement einreichen. Und sie warten gespannt auf den Entscheid des Bundesrates. «Wir hoffen auf eine einheitliche Lösung.» Von politischer Seite erhält das Anliegen Unterstützung von den Juso Schweiz. Die Jungpartei fordert einen «Prüfungsstopp». (kbr)

## Das Untergymnasium wird zum Sonderfall

**Unterricht** Das Untergymnasium (UG) der St. Galler Kantonsschule am Burggraben führt den Fernunterricht bis Juni weiter. Dies, obwohl am UG Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I beschult werden. Die Kanti möchte eine einheitliche Regelung für alle, daher bleibe sie bis 8. Juni komplett zu, sagt Judith Santschi, Prorektorin der Kantonsschule am Burggraben und Leiterin des Untergymnasiums. Zweitens müssten Lehrpersonen gleichzeitig Fern- und Präsenzunterricht leisten, wenn das Untergymnasium seine Türen bereits am 11. Mai wieder öffnete. «Das ist nicht machbar.» Als dritten Grund nennt sie die Langzeitgymnasien anderer Kantone, insbesondere Zürich. Dort blieben vergleichbare

Klassen ebenfalls bis Juni daheim. In St. Gallen stösst die Regelung bei manchen Eltern auf Unverständnis. Es sei eine Ungleichbehandlung gegenüber allen Gleichaltrigen, die am 11. Mai wieder in die Schule gehen, sagt eine Mutter. Die Kinder weitere sieben Wochen zu Hause zu betreuen, sei viel verlangt. Und: 12- und 13-Jährige seien zu jung, um monatelang selbstständig zu lernen. Maurus Schedler, 18, Vorstandsmitglied der Schülerorganisation der Kanti sagt, aus Sicht der UGler sei der Entscheid «wirklich blöd» und ungerrecht. Andererseits werde Eigenständigkeit von ihnen erwartet. Letztlich begrüsse die Organisation, dass die Schule erst im Juni öffne. In Bezug auf das Virus wäre der 11. Mai zu früh. (kbr)